

**554**  
Sind Schäftschen Kompromiss, das bedeutet, wo die Gewerkschaft unter Führung der Kommunistischen Partei durch die Massenkreise durchgesetzt hat, der Stimmengewinn für unsere Partei am Rütteln ist. Wir haben neue Massen vor allem durch die immer nachdrücklicher entfalteten außerparlamentarischen Aktionen von der Gewaltigkeit erfüllt, daß die Kraft der Arbeiterschaft auch durch das Kampftheatrum für andere Ziele gehäuft werden muß.

Sonders überzeugend ist das am 20. November Wahltag in Berlin, wo die Kommunistische Partei durch die **Gefährdung des Verkehrsarbeitersstreiks** als die Führerin des Proletariats vor den Augen der gesamten Bevölkerung steht. Dieses bedeutende Streittheatrum ist längerer Zeit, doch vor allem gewaltige Massen in Sturm gegen die offenen Streikbrecher und logistisch-fachliche Bürokratie redet, kanalisierte die außerordentliche Verstärkung des Klassenkampfes, in deren Zeichen sich der Wahlkampf abspielt, um allerordentlichsten.

Der Berliner Verkehrsarbeitersstreik und die ihm vorangegangene Streikwelle zeigten den vor der Wahl liegenden Arbeiterschaften an, wie wir Kommunisten den „Wahlkampf“ aufstellen: außerparlamentarisch, kühn und opferbereit jederzeit in den vorliegenden Kampftakt für die Interessen der Werktätigen zu stehen!

Das tut auch die Papenregierung zu späten deformieren, die noch am Abend des 4. November im Kauderwelsch verkündete, „den Sozialdemokratie mit Stumpf und Stiel in Deutschland austrotzen“ zu wollen. Der gestrige Tag hat einen erneuten Beweis dafür erbracht, daß es Herrn Papen nicht gelingt und Wels nicht gelingen wird, den Sozialdemokratie auszutrotzen, ebenso wenig wie das in Rückland dem Jaren und seinen Konsens gelungen ist. Das gestrige Wahlergebnis zur SPD und die große Streikwelle beweisen, daß die Kommunistische Partei und die sozialdemokratische Arbeiterschaft unter ihrer Führung auf dem unauflösbaren Vortrieb sind.

Trotzdem ist von besonderer Bedeutung, daß die Kommunistische Partei der Sozialdemokratie in den wichtigsten Industriegebieten eine neue schwere Niederlage bereitet hat, denn ähnlich wie in Berlin, so hat der Borsig-Amt unterer Partei auch in Hamburg, Düsseldorf-Ost und -West, Westfalen-Süd usw. besonders große Ausmaße angenommen. Diese Entwicklung zeigt, in welch Hartem Maße sich die Kommunistische Partei auf die entstehenden Schichten des Proletariats stützt.

Die Sozialdemokratie hat dort am schwersten verloren, wo ihre Streitkraft offen zutage trat, insbesondere in Berlin. Aber auch in Hamburg, wo ihr Verlust 80 000 Stimmen beträgt, auch in Sachsen, worüber noch detailliert geschrieben wird, zeigt sich ein großer Stimmengewinn der Sozialdemokratie. Es ist klar, daß der allgemeine Stimmengewinn der SPD noch erheblich höher ausgewachsen wäre, wenn bei der Berliner Verkehrsarbeitersstreik nicht nur drei Tage, sondern längere hätte ausmachen können.

So sehr sich die Sozialdemokratie noch an den letzten Tagen vor der Wahl bemüht hat, ihren eigenen Wahlbezirken eindeutig gegenüberzustehen, „nicht kommunistisch zu wählen“, wie es auch in der Passauer Volksstimme geschah, was doch die Gewinne der Kommunistischen Partei zum größten Teile Stimmen der Sozialdemokratie, besonders darunter zum kleinsten Teil Stimmen der Nationalsozialisten. Solonks darfst später in Hamburg, wo die Kommunisten 23 000 Stimmen gewonnen, die SPD 21 000 und die NSDAP 48 000 Stimmen verloren. Aber auch in Sachsen zeigt sich das, wie beispielhaft in Chemnitz-Zwickau, wo wir 34 000 Stimmen gewonnen, die SPD 29 000 und die NSDAP 62 000 Stimmen verloren.

Die Nationalsozialisten haben nicht nur in Sachsen, sondern überall den schweren Verlust erlitten. Nach dem Vortrage der Wahl erläuterte Hitler in seiner bekannten Großmauligkeit gegenüber dem Nazi-Reichspressechef Dr. Dietrich:

„Die NSDAP wird am 6. November ihren größten und eindrucksvollsten Sieg erringen, den die Geschichte der national-socialistischen Bewegung zu verzeichnen hat.“

Nach solchen prophetischen Entschuldigungen wird der Verlust von rund zwei Millionen Stimmen um so schwerer. Von besonderer Bedeutung ist, daß die Nationalsozialisten in den Industriellen Gebieten außerordentliche Verluste erlitten. Wahrend sich die NSDAP in Berlin bewegen noch verhältnismäßig günstig halten konnte, weil sie den von ihnen beschäftigten Verlust an den Verkehrsarbeitern noch bis nach der Wahl hinzuverdienen versuchte, verloren sie zum Beispiel in Düsseldorf-Ost 75 000 Stimmen, in Westfalen 74 000 Stimmen, in Chemnitz-Zwickau 62 000 Stimmen und in Dresden-Gauern 78 000 Stimmen. In den agrarischen Hochburgen der Nationalsozialisten waren ihre Verluste gleichfalls sehr schwer. In Ostpreußen verloren sie 114 000 Stimmen, in Miedenburg unter der Papenregierung 40 000 Stimmen, in Magdeburg 14 000 Stimmen. Symptomatisch ist der Verlust der Nationalsozialisten in Koburg, ihrer „Muttergemeinde“, wo sie von 9 000 auf 6 300 — also um 33 Prozent — sanken.

Wie der Wahlkampf nachgelauerte kleinbürgerliche Chöpften und auch vor Deutschnationalen Volkspartei und vor Deutschen Volkspartei zurückgewandert, was im Wahlkreis Dresden-Bautzen unter anderem in deinem Raum gezeigt wurde.

Von Sachsen aus im Hinblick auf das von der Kommunistischen Partei erzielte Resultat vor allem gefragt werden, daß sich in diesem Resultat noch immer Schwächen im Kampf gegen die Sozialdemokratie offenbaren, bis z. B. in einigen Großstädten (wie in Chemnitz) noch etwas gewinnen konnte. In der Gesamtlinie zeigt sich jedoch, daß die Kommunistische Partei auch in Sachsen immer härter in die Reihen der SPD eintritt. So ist die SPD im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau erstmals härter geworden als die SPD, was um so bedeutamer ist, als es hier um einen entscheidenden Durchbruch in einem traditionellen Gebiet handelt, das als eine Hochburg der „linken“ Sozialdemokratie bekannt war. Hier hatte die Sozialdemokratie auch alle Kräfte eingesetzt. (So waren unter anderem Wels und Sereinigkung zu langen Betriebskongressen unterwegs.) Übertrug all dieser Anstrengungen wurde die Sozialdemokratie auch hier entscheidend zurückgedrängt und breite Kreise ihrer bis dato treuen Wähler wurden für die Kommunistische Partei gewonnen.

In Dresden konnte die Kommunistische Partei den schon im Juli von der Sozialdemokratie erzielten Stimmengewinn und den jetzt neu hinzugewonnenen Stimmengewinn durch einen entsprechenden Gewinn von über 11 000 Stimmen aufholen, was im Wahlkreis Dresden-Bautzen, wo die SPD 32 000 Stimmen verlor und wir 24 000 gewonnen, noch nicht gelungen ist.

# Berschärftster Verkehrsstreit

**Erweiterung der Streitfront gesichert. Die Müllabfuhr-Arbeiter im Solidaritätsstreit. Sämtliche Wagen aus dem Verkehr zurückgezogen. Belagerungszustand angebrochen**

Berlin, den 7. November 1932  
Das Streit der Berliner Verkehrsarbeiter geht mit unverminderter Wucht weiter. Um Sonnabend fand eine Sitzung der Zentralen Streitleitung statt, die beschloß die Fortsetzung des Streits in vorherrschender Form. Die Berliner Betriebe werden zu Solidaritätsaktionen aufgerufen.

Bei der Müllabfuhr, wo etwa 1500 Arbeiter beschäftigt werden, haben die Kollegen den Sympathiestreit für die Verkehrsarbeiter schon am Sonnabend aufgenommen. Der Betrieb ruht vollständig. Die Forderungen der Arbeiter der Berliner Gasbetriebsgesellschaft wurdenstlos bewilligt, um die Ausdehnung des Streitfronts auf die Arbeitergruppe zu verhindern.

Die Berliner, mit einzigen hundert Streikenden einen Teilbereich einzurichten, sind völlig gefährdet. Auch am Sonnabend morgens 18 Uhr standen sämtliche Wagen zu erledigen, weil die Berliner Arbeiterschaft den Streikbruch nicht duldet. Schlagende Arbeiter sammelten sich in den Straßen.

Die gelungene bläuliche und logistisch-fachliche Stelle verhindert in ihren Sonnabend- und Sonntag-Massnahmen, ob wenige Stunden vor der Wahl, aus recht durchdringlichen Gründen, das „Abbrechen“ des Streiks. Um die Streitenden zu disziplinieren und die Lage der Auflösung zu erleichtern, die unter dem Druck ihrer Mittleren es nicht wagen könnte offen für den Streikbruch einzutreten, wird die Urtage verboten, der Verkehrsarbeiterstreit zieht im Zusammenhang mit „Anwürfen aus Moskau“

Die Würgemeldungen verfehlten völlig ihren Zweck. Die Streitenden lassen sich nicht bestimmen und die gesamte Arbeiterschaft verhinderte noch ihre Solidaritätsfundierungen. Als an den Platzräumen freiliegende Wiederaufnahmen der Direktion über den Verlust der Verkehrsarbeiter angebrachten wurden, bildeten sich lokale große Disziplinierungsgruppen. Streikende tilden ihre Vormacht aus den Taschen und Stoffen. Sie auf das Blatt der Direktion. Die Erregung unter der Arbeiterschaft über die gemeinsame Habe der Direktion gegen die Kämpfenden ist ungeheuer.

Die Polizei wird in verstärkter Weise gegen die Streikenden vorgehen. Die Regierung hat die Verhängung des Belagerungszustandes angeordnet.

Der Streik brennt der Papenregierung auf den Nageln. Die bürgerliche Presse muß mit Entleben leidet, daß es den Sozialdemokratien Gewerkschaftsführern nicht gelingt, einen wesentlichen Teil der Arbeiterschaften für die Streikende aus der Streitfront auszuhören und daß die jentale Streitleitung das sollte. Der Verlust der Arbeiterschaft ist der Papenregierung das Ende.

Die Polizei wird in verstärkter Weise gegen die Streikenden vorgehen. Die Regierung hat die Verhängung des Belagerungszustandes angeordnet.

Die Streitleitung im „Schuhhof“

Wie die Rote Hilfe durch ihre drei Richterwälle feststellen ließen konnte und am Sonnabend über 1000 Verhaftungen vor genommen worden.

Die Streitleitung ist am Sonnabend beim Fernsehenspieler vorgeführt worden, der die Gewerkschaft angreift, weil sein Lieferant vorlag. Sie sollte angeblich dem Obersteuerbeamten wegen Korruption zum Verhängnis gemacht werden. Nach dem Gewerkschaftsangeklagten in die zentrale Streitleitung von der Polizei in Schuhhof gekommen werden, wegen „Belagerung der Gewerkschaft“ gerichtet. Unter den 1000 Verhafteten sind angeblich 80 bis 100 Gewerkschaftler. Um die Arbeitnehmer zu entlasten und die Urtage der Auflösung zu erleichtern, die unter dem Druck der Mittleren es nicht wagen könnte offen für den Streikbruch einzutreten, wird die Urtage verboten. Der Betrieb in den Werksräumen verboten wurde. Mit wegen Auflösung der Werksräume zu drei Monaten Gefängnis verurteilte ebenfalls entlassen worden.

## Massakerfall auf SPD-Verkammerung

Am Sonnabend abend fand in 3 Jahren bei Berlin eine sozialdemokratische Wahlversammlung statt. Die Nationalsozialisten überfielen die Versammlung, demonstrierten die Auflösung vollständig und verletzten drei Reichsbeamte. Die Nazis hatten bereits vorher den Saal besetzt und durch den Reihen durchmarschiert. Die Versammlung wurde durch den Tumult aufgelöst. Als ein Heberallianzmann des KPD erschien, waren die Nationalsozialisten bereits vertrieben.

## 16 Ruh'anddelegierte verhaftet

Das Tütz wird berichtet, daß am Freitagmorgen am frühen Morgen 16 deutsche Arbeiter, die sich als Ruh'anddelegierte auf dem Wege nach Moskau befinden, verhaftet wurden. Ihnen allen wurden die Pässe abgenommen.

Die Telegraphenunion teilt mit, daß die Ruh'anddelegierten entflohen sind, dem lädierten Hün und Her der kommunistischen zwischen Russland und Deutschland ein Ende zu machen.

Die Papenregierung will verhindern, daß deutsche Delegierte in der Sowjetunion davon überzeugen, wie verfeindlich sie gegen das Land der Arbeiter und Bauern ist.

## Vorläufiges Ergebnis der Wahlkreise

**Berlin**  
SPD 418 000 (283 000); NSDAP 206 000 (282 000); SPD 252 000 (319 000); Zentrum 49 000 (52 000); DDP 130 000 (76 000); DDP 6000 (4000); Staatspartei 13 000 (13 000).

**Potsdam I**  
SPD 287 000 (255 000); NSDAP 414 000 (152 000); SPD 255 000 (235 000); Zentrum 33 000 (37 000); DDP 155 000 (114 000); DDP 12 000 (10 000); Staatspartei 11 000 (13 000).

**Potsdam II**  
SPD 272 000 (228 000); NSDAP 312 000 (372 000); SPD 268 000 (226 000); Zentrum 54 000 (58 000); DDP 179 000 (121 000); DDP 20 000 (13 000); Staatspartei 22 000 (21 000).

**Duisburg-Hamborn**  
SPD 61 000 (63 000); NSDAP 15 000 (61 000); SPD 25 000 (22 000); Zentrum 48 000 (32 000); DDP 17 000 (13 000); DDP 4000 (3000).

**Westfalen-Süd**  
SPD 331 000 (307 000); NSDAP 317 000 (105 000); SPD 210 000 (229 000); Zentrum 32 000 (32 000); DDP 90 000 (70 000); DDP 21 000 (15 000); Staatspartei 8000 (8000).

**Westfalen-Nord**  
SPD 214 000 (187 000); NSDAP 204 000 (106 000); SPD 134 000 (129 000); Zentrum 440 000 (172 000); DDP 96 000 (82 000); DDP 27 000 (18 000); Staatspartei 1000 (5000).

**Städte-Berlin**  
SPD 224 000 (208 000); NSDAP 211 000 (281 000); SPD 97 000 (97 000); Zentrum 332 000 (324 000); DDP 70 000 (62 000); DDP 16 000 (10 000); Staatspartei 2000 (2000).

**Städte-Cöln**  
SPD 341 000 (333 000); NSDAP 325 000 (400 000); SPD 100 000 (98 000); Zentrum 28 000 (21 000); DDP 179 000 (165 000); DDP 16 000 (11 000); DDP 3000 (4000); Staatspartei 2000 (2000).

**Wählerfolge** best. wo die Arbeiterschaft die Kommunistische Partei in außerparlamentarischen Aktionen, vor allem bei Streikkämpfen, als ihre Rührer erkennen haben. Dazu zeigen — um zunächst nur einige Beispiele anzugeben — im Dresden-Bautzen die Rührer der Bautzener Stadt, Görlitz, Görlitz, Cottbus, Bautzen und vielen anderen Orten.

So spricht bei der Gleichverteilung des Wahlkreisresultates immer wieder die entscheidende Tatsache ins Auge, daß die außerparlamentarischen Kampftaktiken unserer allgemeinen Wahlen gewaltig beeinflußt haben. Dieser Erfolg wurde schließlich trotz des Fehls der sozialistischen Diktatur, das in weitgezogenen Rotationsmaschinen, im Verbot kommunistischer Zeitungen, in den Malerentwertungen, Streikverbots, im soeben verhängten neuen „Gesetz“ um, keinen Ausdruck findet, erreicht. Darum ist der Wählerfolg unserer Partei noch um so bedeutungsvoller.

Noch diesen Erfolg wird und muß die deutsche Arbeiterschaft mit geprägter Energie, mit großer Rücksicht und mit erhöhtem Kämpfenzusammenhalt unter der Fahne der Kommunistischen Partei zu neuen Kämpfen vermarkts! Zeigt!

## Wo die Nazis regieren, ihr F. H. befriedet Ruh'anddelegierte fortwährend

In den Nazi-hochburgen, dort wo die NSDAP-Männer leben, ist der „Ruh'andheit“ hier als ein Ziel der Bevölkerung bei der Durchführung der Papen-Regierung beteiligt, mit ihr stimmen, ganz wie es ist, und die Stimmenzahl der Kommunistischen Partei ist unbedeutend höher gewachsen, als im Reichskreisamt. Einige Beispiele:

**Stadt Koburg:** SPD 1600 (31, 7, 32 000); NSDAP 5000 (5500); DDP 3600 (3000); DDP 1300 (1400); DDP 10 (150).

**Freistaat Sachsen:** SPD 29 000 (31, 7, 32 000); NSDAP 80 000 (105 000); SPD 77 000 (72 000); NSDAP 16 000 (11 000); DDP 3000 (4000); DDP 1000 (1000).

Seinerseits ist der Rückgang der Ruh'andten in Koburg (33 Prozent), wo der Bevölkerung bei der Ausübung der Wahlrechte, die wahre Volksrolle der Nazi-Partei förmlich demonstriert wurde. Der hohe Gewinn der kommunistischen Stimmen, der in Koburg 60 Prozent beträgt, beweist, daß die SPD, der einzige antifaschistische Partei, ein beachtlicher Einbruch in die Wahllokale gelungen ist.

**Wo gestreikt wird, eroberst die SPD im Sturm das Vertrauen der Wähler**

In all den Gebieten, auch unseres Verbreitungsgebietes, so in den letzten Wochen Streikkämpfe geführt werden und wo die SPD die Arbeiter zum Kampf gegen den Naziherrschaft mobilisiert, ist ihr Stimmenzuwachs ganz erheblich und die Stimmenzahl der Kommunistischen Partei ist unbedeutend höher gewachsen, als im Reichskreisamt. Ein Beispiel:

**Stadt Rostock:** SPD 1600 (31, 7, 32 000); NSDAP 5000 (5000); DDP 3600 (3000); DDP 1300 (1400); DDP 10 (150).

**Freistaat Sachsen:** SPD 29 000 (31, 7, 32 000); NSDAP 80 000 (105 000); SPD 77 000 (72 000); NSDAP 16 000 (11 000); DDP 3000 (4000); DDP 1000 (1000).

Seinerseits ist der Rückgang der Ruh'andten in Rostock (33 Prozent), wo der Bevölkerung bei der Ausübung der Wahlrechte, die wahre Rolle der SPD an einem praktischen Beispiel erkennen konnte.

**Heraus zu den Kundgebungen in Dresden!**  
→ Heute 19.30 Uhr Im Reichsadler, Bischofsweg, in Hammers Hotel, Striesen, und im Keglerheim, Dresden-A., Friedrichstraße